

Niederschrift

der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Bau- und Verkehrsausschuss am 04.04.2019

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	17:55 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Möller (Vorsitzender JHA) Herr Bärwolff (Vorsitzender BuV)
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Ergebnispräsentation der Umfrage zur Straßenraumgestaltung bei Erfurter Kindertageseinrichtungen BE: Vertreter der Fachhochschule Erfurt	

4. Anhörung zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen
BE: Vertreter Fraktion SPD
hinzugezogen:
Beigeordneter Bau und Verkehr,
Stadtelternbeirat Erfurt,
Kreiselternsprecher,
Kreisschülersprecher,
Beteiligungsstruktur der Stadt Erfurt

5. Informationen

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzenden, Herr Möller und Herr Bärwolff, eröffneten zusammen die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Bau- und Verkehrsausschuss. Sie stellten die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es waren 14 stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und 10 stimmberechtigte Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses anwesend.

Herr Möller und Herr Bärwolff begrüßten alle Mitglieder und Gäste.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungen zur Tagesordnung.

**3. Ergebnispräsentation der Umfrage zur Straßenraumgestaltung bei Erfurter Kindertageseinrichtungen
BE: Vertreter der Fachhochschule Erfurt**

Die Vorsitzenden Herr Möller und Herr Bärwolff begrüßten die zum Tagesordnungspunkt geladenen Vertreter der Fachhochschule Erfurt.

Gegen deren Rederecht erhob sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

Mittels Power-Point Präsentation informierten die Vertreter der Fachhochschule Erfurt über die Auswertung der Befragung zur Verkehrssicherheit vor Erfurter Kindertageseinrichtungen.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Nach Abschluss der Vorstellung beantworteten die Vertreter der FH ausführlich Rückfragen von Herrn Dr. Warweg sowie Herrn Uhlig zur Methodik und der repräsentativen Aussagekraft der Befragung.

4. **Anhörung zur Drucksache 2662/18 - Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen**
BE: Vertreter Fraktion SPD
hinzugezogen:
Beigeordneter Bau und Verkehr,
Stadtelternbeirat Erfurt,
Kreiselternsprecher,
Kreisschülersprecher,
Beteiligungsstruktur der Stadt Erfurt

Die schriftliche Stellungnahme des Stadtelternbeirates wurde als Tischvorlage verteilt.¹

Im unmittelbaren Anschluss zur Präsentation der Fachhochschule Erfurt erfolgte die Anhörung zur DS 2662/18 – Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen.

Im Folgenden sind die Stellungnahmen der anwesenden Ausschussmitglieder sowie der geladenen Gäste zusammengefasst. Mehrfach Meldungen im Anhörungsverlauf durch einzelne Mitglieder wurden zusammengefasst:

Herr Bärwolff, Vorsitzender Bau- und Verkehrsausschuss

Mit Blick auf die Ergebnisse der Elternbefragung sowie der Stellungnahmen des Stadtelternbeirates und der Verwaltung, hinterfragte Herr Bärwolff Alternativen zur Problematik des Hol- und Bringverkehrs an Schulen und Kindergärten. Insbesondere die Belastbarkeit der Eltern sowie deren Bereitschaft, auf Alternativen zum Auto umzusteigen wurden dabei genannt. Weiter erkundigte er sich über mögliche Pläne einer auf dieses Thema bezogenen Folgebefragung.

Weiter regte er zu Bemühungen an, für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu werben.

Der Vertreter der Fachhochschule Erfurt gab zu bedenken, dass es grundsätzlich schwer wird, feste Gewohnheiten der Eltern zu ändern. Er regte einen Workshop zur Lösungsfindung, anstelle einer Folgebefragung an.

Elternsprecher Kita Brühl am Laentor

Wichtig sei die empfundene Sicherheit auf dem Schulweg, so der Elternvertreter. Je sicherer dieser empfunden wird, umso höher wird die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder allein in die Schule zu schicken.

¹ Siehe Anlage 2 zur Niederschrift

Im weiteren Sitzungsverlauf erläuterte der Elternvertreter, dass im Bereich vieler Schulen bereits Tempo 30 Zonen eingerichtet wurden. Vermehrt wird jedoch beobachtet, dass sich die Verkehrsteilnehmer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten.

Zusätzliche Maßnahmen wie Geschwindigkeitskontrollen im Bereich von Schulen und Kindertageseinrichtungen werden gewünscht.

Herr Hilge, Beigeordneter für Bau und Verkehr

Herr Hilge betonte, dass man das subjektive Sicherheitsgefühl der Eltern sehr ernst nehme. Aus Sicht der Verwaltung jedoch auch Grenzen des übertragenen Wirkungskreises bestehen. Weiter gab er zu bedenken, dass ein Tempo 30 Schild nicht automatisch mit mehr Verkehrssicherheit einhergeht.

Zur Verkehrssituation vor Kitas und Schulen erläuterte er dabei auch die verkehrsrechtlichen Voraussetzungen für einen Fußgängerüberweg.

Die Verwaltung habe auf Grundlage der StVO versucht, alles, was zur Verbesserung der Verkehrssicherheit möglich ist umzusetzen. Man erkläre sich weiter bereit, bestimmte Schwerpunktstandorte auf die konkrete Lage vor Ort zu überprüfen.

Herr Hilge begrüßte ausdrücklich die Umsetzung eines Pilotprojekts, um neue Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu analysieren. Auf Basis dieser Ergebnisse könne dann gemeinsam mit der Verwaltung über mögliche Maßnahmen gesprochen werden. Rechtliche Probleme und Grenzen für die Verwaltung sollen dabei jedoch berücksichtigt und ausdrücklich vermieden werden.

Herr Möller, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

Herr Möller warb für eine ganzheitliche Betrachtung der Problematik. Zum einen müsse man das subjektive Sicherheitsempfinden der Eltern seitens der Verwaltung ernst nehmen, zum anderen müssen die Gründe, für den verstärkten Hol- und Bringverkehr mit dem Auto berücksichtigt werden. Beispielhaft nannte er die Situation freier Kitaplätze in der Stadt, welche sich nicht immer in Wohn- oder Arbeitsplatznähe befinden und daher gegebenenfalls schwer zu Fuß zu erreichen sind.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bezugnehmend auf das mit Beschluss durch die Stadtverwaltung zu initiierte Pilotprojekt zur Verkehrssicherheit, erkundigte sich Herr Kanngießer bei den Vertretern der FH Erfurt über deren Bereitschaft, die Verwaltung dabei zu unterstützen.

Der Vertreter der Fachhochschule Erfurt erläuterte, dass man ein Pilotprojekt unterstützen könnte. Weiter informierte er in diesem Zusammenhang über den aktuellen Stand eines laufenden Forschungsprojekts zur Verkehrslenkung.

Vertiefend erläuterte Herr Kanngießler den Beschlusspunkt 04 der Drucksache 0258/19 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2662/18 – Verkehrssicherheit auf Schulwegen und im direkten Umfeld von Kindertageseinrichtungen. Dabei ging er insbesondere auf zu prüfende Fördermittel und Beispiele zur intuitiven Verkehrsführung ein.

Mit Blick auf die im Anhörungsverlauf erläuterten Zuständigkeiten des Erfurter Stadtrates kündigte Herr Kanngießler an, den Beschlusspunkt 03 der oben genannten Drucksache, welcher die Umsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen vor Kitas und Schulen beinhaltet, zurückzuziehen.

Frau Löbl, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Zur Verbesserung der Verkehrssituation vor Kitas und Schulen regte Frau Löbl die Betrachtung von weiteren, die Parksituation verschlechternden, Faktoren an. Beispielfolgt nannte sie nicht abgeholte Mülltonnen.

Frau Just, Vorsitzende Stadteltererbeirat, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Mit Verweis auf die schriftlich eingereichte Stellungnahme des Stadteltererbeirates ging Frau Just vertiefend auf die Problematik des Hol- und Bringverkehrs an Schulen und Kindergärten ein. Dieser habe Gründe. Die Pflicht, die Situation zu verbessern lege zum einen bei der Stadtverwaltung, zum anderen sehe man aber auch die Eltern selbst in der Pflicht.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Rothe Beinlich bedankte sich bei den Vertretern der Fachhochschule Erfurt für die Vorstellung der Befragungsergebnisse.

Am Beispiel eines entfernten Fußgängerüberweges im Ortsteil Marbach erläuterte Frau Rothe-Beinlich die gefühlte Verkehrssicherheit.

Mit Bezug auf einen Beschluss des Bundes, verwies Frau Rothe-Beinlich zusätzlich auf die resultierende Verpflichtung der Stadt, vor allen Schulen, Kitas und sozialen Einrichtungen Tempo 30 Zonen einzurichten, außer dies ist aus zu erläuternden Gründen nicht möglich.

Weiter sollten an Erfurter Schulen und Kindergärten mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und eine sicherere Wegeführung zu Schulen und Kindergärten ermöglicht werden, so Frau Rothe-Beinlich abschließend.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Einleitend ging Herr Stampf auf die durch die Stadtverwaltung bereits eingerichteten 30er Zonen vor Kindergärten und Schulen ein.

Weiter informierte er über das Pilotprojekt "Goodbye Elterntaxi". Herr Stampf regte an, sich mit der Stadt Dresden, welche dieses Pilotprojekt nutzt, in Verbindung zu setzen, statt ein neues Pilotprojekt zu starten. Ausführlich wurde dieses Projekt bereits in der Fachzeitschrift ACE²-Lenkrad vorgestellt.

Anschließend schilderte Herr Stampf seine persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen. Insbesondere rechtswidrig geparkte Fahrzeuge beim Bringen und Abholen der Kinder mit dem Auto führen zu einer unübersichtlichen und unsicheren Verkehrslage. Demnach stehen neben der Verwaltung auch die Eltern selbst in der Pflicht, die Verkehrssicherheit vor Schulen und Kindergärten zu verbessern, so Herr Stampf.

Herr Molle, Vorsitzender des Schülerparlaments

Das Schülerparlament sieht ein großes Defizit an sicheren Radwegen in der Stadt. Jede Schule sollte durch einen Radweg erreichbar sein. Bei sicheren Schulwegen werden Eltern ihre Kinder auch vermehrt mit dem Rad zur Schule lassen.

Weiter sprach sich der Vertreter des Schülerparlaments gegen die Fahrt mit dem Auto bis zur Schule aus.

Frau Liedtke, Mitglied des Jugendhilfeausschusses

Zur Verkehrsberuhigung vor Schulen regte Frau Liedtke die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs oder die Errichtung von temporär minimierenden Verkehrsbollern im Umfeld von Schulen und Kindergärten an.

Stellungnehmend gab Herr Bärwolff zu bedenken, dass das Parken im Verkehrsberuhigten Bereich nicht gestattet ist und dies zu weiteren Problemen führe.

5. Informationen

Es lagen keine weiteren Informationen vor.

gez. Möller
Ausschussvorsitzender JHA

gez. Bärwolff
Ausschussvorsitzender BuV

gez. 
Schriftführerin

² Auto Club Europa